

10.03.2011 – PM 14/2011

Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe

IG BAU erhöht Druck auf die Arbeitgeber

Frankfurt am Main – In der aktuellen Tarifrunde für das Bauhauptgewerbe erhöht die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) den Druck auf die Unternehmen. „Das erste Gespräch mit den Arbeitgebern am 4. März hat keine Annäherung gebracht“, sagte IG BAU-Bundesvorstand Frank Wynands auf dem Bezirksverbandstag der IG BAU Duisburg-Niederrhein (*für die Red.: Die Veranstaltung beginnt um 18 Uhr*). „Deshalb verstärken wir nun die Aktionen in den Betrieben.“ Für die rund 700 000 Beschäftigten der Branche fordert die IG BAU 5,9 Prozent mehr Lohn, Gehalt und Ausbildungsvergütung. „Die Entwicklung der Branche ist gut“, führte Wynands zur Begründung aus. „Deshalb erwarten die Beschäftigten für ihre Leistung jetzt zu Recht ein deutliches Plus im Portemonnaie.“ Höhere Entgelte sind zudem aus Sicht der IG BAU notwendig, damit Bauberufe auch in Zukunft für den Nachwuchs attraktiv bleiben. Die Arbeitgeber haben bisher kein Angebot für eine prozentuale Lohnerhöhung vorgelegt.

Scharf kritisierte Wynands den Vorstoß der Arbeitgeber, die West-Mindestlöhne auf Ostniveau zu reduzieren: „Wer die Einkommenslücke zwischen Ost und West schließen will, indem er die Mindestlöhne im Westen senkt, anstatt sie im Osten zu erhöhen, der muss mit massivem Widerstand der Beschäftigten rechnen.“ Die IG BAU fordert dagegen neben der Entgelterhöhung eine Anhebung der Mindestlöhne um ebenfalls 5,9 Prozent. Zudem sollen weitere Angleichungsschritte der Ost- an die Westeinkommen erfolgen.

Faire Mindestlöhne sind auch vor dem Hintergrund der am 1. Mai 2011 beginnenden EU-Freizügigkeit notwendig. Sie sind der beste Schutz gegen Billigkonkurrenz. „Nur mit einer angemessenen Lohnuntergrenze lässt sich ein Unterbietungswettkampf auf dem Rücken der Arbeitnehmer verhindern“, betonte Wynands. Er wies zugleich darauf hin, dass Mindestlöhne für sich

allein noch nicht ausreichen, um Wettbewerbsverzerrungen durch Lohn-dumping zu vermeiden. „Parallel zum Start der Freizügigkeit brauchen wir auch schärfere Kontrollen auf den Baustellen. Illegaler Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit muss ein wirksamer Riegel vorgeschoben werden, und dafür muss die Finanzkontrolle Schwarzarbeit mehr Personal haben“, sagte der IG BAU-Bundesvorstand.

Gleichzeitig forderte Wynands die Bundesregierung auf, ihre Politik endlich der Realität anzupassen. Wie wirklichkeitsfremd die Koalition handelt, zeige sich exemplarisch daran, wie verbissen sie an der Rente mit 67 festhält. Dabei blende sie völlig aus, dass viele Berufe körperlich so anstrengend seien, dass es die Beschäftigten oft noch nicht einmal bis zur Rente mit 65 schaffen. Eine Rente mit 67 erhöhe das Risiko der Betroffenen, in die Altersarmut abzurutschen. „Schwarz-Gelb legt es darauf an, die bewährte Soziallandschaft vollständig umzupflügen. Das werden sich die Menschen hierzulande nicht gefallen lassen“, warnte er. „Der Widerstand wächst. Immer öfter bringt der Bürgerwille unausgegorene Projekte der Koalitionsparteien ins Trudeln.“

(2977 Zeichen)